

Jochen Haußmann

Freie
Demokraten
FDP



Presseinformation

Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender FDP/DVP Fraktion
Sprecher für: Verkehr und Infrastruktur; Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Telefon: 0711 2063-921

Email: jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de

MdLHaußmann: Wir wollen weniger Grunderwerbsteuer FDP will Grunderwerbsteuer senken, um Impulse für den Wohnungsbau zu setzen - Hauskauf wäre ein paar tausend Euro günstiger

Hauskauf geplant? Insbesondere für junge Familien hätte eine Absenkung der Grunderwerbsteuer finanzielle Vorteile. Grund für den Ratschlag des sozialpolitischen Sprechers der FDP-Landtagsfraktion: "Wir wollen die Grunderwerbsteuer von fünf auf vier Prozent senken." Dazu braucht es aber weiterer politischer Kräfte, die das unterstützen.' Insbesondere im Remstal mit seinen hohen Grundstückpreisen schlägt diese Steuer zu Buche. Bei einem Reihenhaus in Weinstadt, das momentan für 455.000 Euro angeboten wird, sind's 4.550 Euro. Geld, das eine junge Familie gut brauchen kann, denn „bezahlt wird diese Steuer am Ende immer zum Großteil von jungen Familien, die sich den Traum von der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus verwirklichen."

Das Ziel die Steuer zu senken, hat die FDP in ihr Landtagswahlprogramm geschrieben. Jetzt gilt's eine Mehrheit zu finden. Dass die CDU mitzieht, ist noch offen, wird aber immer wahrscheinlicher. „Positive Signale, dass die CDU auf die Linie der Vernunft einschwenkt, kommen aus dem Kreis Esslingen“, sagt Jochen Haußmann und zitiert aus der Stuttgarter Zeitung vom 9. Januar den Esslinger CDU-MdL Andreas Deuschle, nach dessen Einschätzung laut STZ „die von der grün-roten Landesregierung verfügte Erhöhung der Grunderwerbsteuer wieder zurückgenommen wird“.

Das Gesamtaufkommen aus dieser Steuer im Land betrug 2014 nach den Zahlen des Finanzministeriums 1,4 Milliarden Euro, hat sich Jochen Haußmann durch eine Kleine Anfrage amtlich bestätigen lassen. Das sind 415,7 Millionen Euro mehr als 2011. Die Wohnungs- und Häuslekäufer im Rems-Murr-Kreis waren 2014 mit über 52,6 Millionen dabei: „Die Landesregierung hat da kräftig zugegriffen.“

Dabei habe grün-rot hat 2011 „einen Coup gelandet und die Stadt- und Landkreise ausgetrickst, die an der Grunderwerbsteuer beteiligt sind.“ Die waren einverstanden

Jochen Haußmann

Freie
Demokraten
FDP



Presseinformation

Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender FDP/DVP Fraktion
Sprecher für: Verkehr und Infrastruktur; Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Telefon: 0711 2063-921

Email: jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de

den Verteilschlüssel zu ändern“. Seitdem gehen statt 55,5 Prozent nur noch 38,85 Prozent an die Kreise. Der Rems-Murr-Kreis bekam beispielsweise 2011 rund 19,9 Millionen Euro. 2014 waren es gerade mal 20,5 Millionen. Bei Nils Schmid klingelten dagegen nach 15,9 Millionen Euro 2011, 2014 knapp 32,2 Millionen aus Grundstücksgeschäften im Rems-Murr-Kreis: „Der hat seine Einnahmen glatt verdoppelt.“

Ein Prozent weniger Grunderwerbsteuer schlägt bei den Preisen im Remstal recht kräftig zu Buche: „Wer 300.000 Euro für eine Wohnung bezahlt, käme mit 12.000 Euro statt 15.000 Euro Steuer weg. Wer sich ein Haus für 500.000 Euro kauft, läge bei 20.000 Euro Grunderwerbsteuer statt 25.000 Euro.“ Allerdings verhehlt Jochen Haußmann auch nicht, dass die Spekulation auf den Wahlausgang auch einen Pferdefuß hat: "Grün-rot hat die Steuer 2011 von 3,5 Prozent auf fünf Prozent erhöht und es ist nicht sicher, dass grün-rot nicht nach der Wahl wieder neu zulangt, wenn die nicht gestoppt werden. In Nordrhein-Westfalen sind mit der gleichen Regierungskombination inzwischen 6,5 Prozent fällig. Und selbst mit der CDU in Hessen haben die Grünen eine Grunderwerbsteuer von sechs Prozent durchgesetzt."

Zusätzliche Begehrlichkeiten bei grün und rot sieht Jochen Haußmann auch deswegen, „weil inzwischen ja klar ist, dass wir den Wohnungsbau ankurbeln müssen.“ Und den Landesregierungen traut beispielsweise Finanzminister Schäuble allerhand zu. Deswegen wird nach Wegen gesucht, Wohnungsbau-Milliarden vor eine Umlenkung in Landeskassen zu bewahren: „So hat er die Länder zu einer Vereinbarung aufgefordert, nach der sie im Zeitraum eines bundesfinanzierten Wohnungsbauprogrammes von Erhöhungen der Grunderwerbsteuersätze absehen, weil nur so vermieden werden kann, dass ein beispielsweise durch eine Sonderabschreibung gewährte steuerlicher Vorteil über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer abgeschöpft wird. Das lässt tief blicken.“